



Verlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 600, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestelgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: nm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: nm-Zeile 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. <sup>15 Pf.</sup> Nr. 450

MONTAG, 19. SEPTEMBER 1932

ABEND-AUSGABE

## Es bleibt bei der Abjage

### Nach der Ueberreichung der englischen Denkschrift

Die Denkschrift der englischen Regierung zu dem Streit um die Rüstungslosigkeit, die Sonntag nachmittag durch den Botschafter Sir Horace Rumbold dem Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath überreicht, gleichzeitig aber auch in Paris, Rom und Washington mitgeteilt worden ist, gibt der deutschen Regierung keine Veranlassung, ihren Entschluß, sich an den Arbeiten des Büros der Abrüstungskonferenz bis auf weiteres nicht zu beteiligen, einer Neuauflage zu unterziehen. Deutschland wird, wie in dem Brief an den Vorsitzenden Sonderhof angekündigt worden ist, seinen Vertreter zu den Sitzungen des Büros entsenden, die am 21. September wieder aufgenommen werden. Reichsaussenminister Freiherr von Neurath hat bereits gestern Abend Reichstag verlassen. Er ist in eine weitere wertvolle Heimat gereist und wird sich von dort aus nach Wien begeben, aber lediglich als Führer der deutschen Delegation für die Vollversammlung des Völkerbundes, die auf den 26. September einberufen ist. Der Reichsaussenminister hätte sich kaum unmittelbar nach der Uebergabe der englischen Denkschrift aus Berlin entfernt, wenn die Abjage bestände, sie mit einer schriftlichen Darstellung zu beantworten.

Damit ist, fast schon ersichtlich, gesagt, welchen entscheidenden Einbruch das englische Dokument in die Rüstungsfrage gemacht hat. Es ist nach der Versicherung des Foreign Office entstanden aus dem Wunsch, „einen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Meinungen“ herbeizuführen. Aber es geht kaum die Möglichkeit eines solchen Ausgleichs auf. Es ist kein tauglicher Versuch, zwischen Berlin und Paris zu vermitteln. Das Foreign Office hat sich nicht nur an das Auswärtige Amt, sondern an die Regierungen aller Hauptmächte gemandt. Damit unterwirft es indirekt die französische Ablehnung einer direkten und vertraulichen Aussprache zwischen der Weisheitsfrage und dem Quai d'Orsay, die einer Verständigung so förderlich hätte sein können. In Paris empfindet man die englische Denkschrift auch nicht als die Einleitung zu einer Vermittlungsauffassung, sondern — mit einigen kleinen Einschränkungen — als eine weitgehende Unterbrechung des französischen Standpunkts, daß der Teil V des Versailles-Vertrages bindende Kraft habe und behalte, auch wenn die Verpflichtungen, die in ihm festgelegt worden sind, einseitig zu Ungunsten Deutschlands angewendet, aber nicht eingehalten

werden, soweit sie die Abrüstung der andern Mächte vor schreiben.

Demgegenüber kann die akademische Anerkennung des deutschen Anspruchs auf Rüstungslosigkeit wenig bedeuten, noch dazu, wenn sie in so verlausulierter Form zugestanden wird. Doch unser moralischer Anspruch zu Recht besteht, ist nicht gut zu betreten. Aber was Deutschland nach zwölfjährigem Warten durchsetzen will, ist, daß dieser Anspruch auch in der Praxis befriedigt wird. Deutschland will für sich keine Abrüstung, aber es darf verlangen, daß mit der Abrüstung der andern angefangen wird.

Die englische Regierung verweist auf die Abrüstungskonferenz, deren nächstes Ziel es sein müsse, ein Abkommen nach dem Prinzip zu skizzieren, daß jeder Staat in Uebereinstimmung mit dem andern sich selbst freiwillig auf eine Rüstungsgrenze festlegt. Aber der bisherige Verlauf der Abrüstungsverhandlungen war völlig enttäuschend, hat auch nicht die geringste Aussicht auf einen durchschlagenden Erfolg. Das war auch der Grund, der die deutsche Regierung veranlaßte, auf eine weitere Beteiligung an diesen Verhandlungen zu verzichten. In der englischen Denkschrift steht kein ein Satz, der zu einer Änderung dieser Haltung Veranlassung geben könnte.

Das Büro der Abrüstungskonferenz wird sich infolgedessen am 21. September ohne den Vertreter Deutschlands vernehmen müssen. Deutschland wird die Rolle des Beobachters spielen und seine weitere Haltung davon abhängig machen, ob jetzt in Genf ein ernsthafter Versuch gemacht werden wird, nicht nur von dem Prinzip der Abrüstung zu reden, sondern es auch zu verwirklichen.

## Amerika „sympathisiert“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 19. SEPTEMBER

Die Antwort Englands auf die deutschen Forderungen begegnet hier keiner Ueberzeugung, denn niemals haben hier Zweifel daran bestanden, daß England in der Rüstungsfrage den Franzosen standhalten würde. Das Staatsdepartement selbst sympathisiert, dafür stehen alle Anzeichen, völlig mit dem Charakter der englischen Note; ja, es ist wahrscheinlich, daß

Mellon und Senator Reed in ihrer kürzlichen Konferenz mit dem englischen Außenminister Simon darüber Fühlung genommen haben.

Das Staatsdepartement wird sich selbstverständlich nicht offiziell zu diesem Standpunkt betennen. Staatssekretär Stimson, dem der britische Gesandte eine Abschrift des Memorandums am Sonntag ausstellte, hat bereits erklärt, die Note bedürfe keiner Antwort, da Amerikas Einstellung zum Rüstungsproblem wohldefiniert sei.

In Regierungskreisen werden sich bereits Befürchtungen laut, daß die Abrüstungskonferenz zum Scheitern verurteilt sein könnte, und es kommt ernsthafte Zweifel auf, ob die Delegation der Vereinigten Staaten überhaupt nach Genf zurückkehren werde.

## Befriedigung in Paris

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 19. SEPTEMBER

Die englische Note wird von der gesamten Pariser Presse aufmerksamer kommentiert. Das nationalfranzösische „Echo de Paris“ schätzt das Schriftstück als „eines der besten diplomatischen Dokumente der Nachkriegszeit“ besonders hoch ein. Die „ausgewählten“ Worte und Sätze des Textes sind fast bereit, in England lie in seinem „Sach“ viel weiter gegangen als Frankreich, lagt der „Welt Pariser“. Die deutschen Forderungen würden in der Form wie in der Sache einer äußerlich schärferen, ja brutalen Kritik unterzogen. Es sei „die fürchterliche Laune“, die die Politik von Papens und von Schleichers erhalten habe, meint „Matin“. England umschließt in den Rahmen des Versailles-Vertrages zurückzuführen. Sehr deutlicher unterteilt man in Paris, daß die englische Note in ihrem ersten Teil sich völlig die juristische Argumentation der französischen Regierung zu eigen mache. Sogar in Text finden sich gewisse wertvolle Anklänge an die Worte Serribus.

Weniger felsenhart klingt der Ton der Einladungs. So stellt die radikale „Semphonie“ fest, die Entente cordale sei trotz aller zufälligen Ueberimmung der Gesichtspunkte nicht wieder aufzulösen. Der „Welt Pariser“ findet den zweiten Teil der englischen Denkschrift „wage, kritisch, ja sozusagen geschicklich“. Das „Journal“ meint, wenn England auch offensichtlich der Wunsch, die Rüstung und Beweglichkeit der deutschen Forderungen abzumehren, in der englischen Note doch schließlich die „Weisheit im Statut“. Der „Matin“ bezeichnet die ganze Argumentation im zweiten Teil der englischen Note als überflüssig und auf Sand aufgebaut. Bevor man von Anpassung sprechen könne, müsse man sich mindestens durch eine Enquete die wertvolle militärische und sportliche Stärke Deutschlands stellen. Das „Journal“ meint, Deutschlands militärische Ungleichheit bestche schließlich nur noch darin, daß England ihm jetzt noch Anpassungen oder die Gleichheit verweigere, werde das gut militärischen Ueberlegenheit Deutschlands führen.

Die Erklärungen Herriots vor der außerpolitischen Kommission der Kammer, über die die Pariser Presse sensationelle Einzelheiten zu berichten wußte, sind offenbar tendenziös gefälscht worden. Der sozialistische „Populaire“ spricht von einem politischen Manöver der Reaktion, die die Politik Herriots auf die Linie Poincaré-Zarbin zwingen wolle. Herriot habe die Worte „Rein, niemals“ lediglich in bezug auf die Wiederaufrüstung Deutschlands gebraucht. Herriot habe anerkannt, daß die Untroastung Deutschlands den Anstöß für die allgemeine Abrüstung bilden müsse, und er habe betont, daß man daher die Zahlung des deutschen Forderungen in dieser Richtung luden müsse. Er habe sich glatt für die Form „wahrheitlich“ und dem unteren „Rein“ ausgesprochen und habe zu erkennen gegeben, daß die französische Politik sich deutlich in der Richtung nach dem Souveränentwische.

## Bapen und Kerrl bei Hindenburg

### Vor einem Wahlmanifest der Reichsregierung

Der Reichspräsident hat heute vormittag dem Reichsstaatskanzler von Bapen empfangen, um von ihm den Vortrag über die Wahlvorberreitungen des Reichstages entgegenzunehmen. Der Reichsstaatskanzler hat dem Reichspräsidenten den Vorschlag überreicht, die Neuwahlen zum Reichstag auf den 6. November anzusetzen. Es ist anzunehmen, daß schon in aller nächster Zeit in einer Verbodung des Reichspräsidenten dieser Wahltermin endgültig festgelegt werden wird und daß sich die Reichsregierung direkt an das deutsche Volk wendet.

Am Anfschluß an diese Besprechung hat der Reichspräsident im Beheim des Reichsstaatskanzlers den Präsidenten des Preussischen Landtags, Abgeordneten Kerrl, empfangen, der ihm die Ausstattung des Preussischen Landtags über die Einziehung des Reichsstaatskanzlers für Preußen und über dessen bürgerliche Tätigkeit bereden wollte. Es ist anzunehmen, daß der Landtagspräsident Kerrl bei diesem Anfschluß die Befürdungen vorbringen wollte, die besonders von nationalsozialistischer Seite über das Richteramt des Reichsstaatskanzlers in Preussischen Landtag erhoben worden sind.

Die Reihe innerpolitischer Besprechungen ist dann fortgesetzt worden mit einem Empfang des bayerischen Minister-

präsidenten Held und des bayerischen Staatsrats Schäffer, des Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, bei dem Reichsstaatskanzler. Ursprünglich hatte der Reichsstaatskanzler mit Staatsrat Schäffer und mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Held getrennt verhandeln wollen. Auf Wunsch der beiden Herren ist eine gemeinsame Besprechung vereinbart worden.

## Der „Angriff“ sekundiert

Die englische Abjage wird von dem nationalsozialistischen „Angriff“ als „folgerichtig“ bezeichnet. Dieser „Angriff“ müsse dazu führen, daß das Reichsstaatsamt einer „wirklichen nationalen Volksregierung“ Platz mache.

„Mit keiner Regierung werde“, so heißt es wörtlich, „das Ausland weniger geneigt sein, in Verhandlungen einzutreten, als mit derjenigen, die allgegenwärtig das Gepräge der Volkstreue trägt.“

Diese Forderung des Auslandes in innerpolitischen Auseinandersetzungen ist unter allen Umständen bedenklich. Die Form, in der das in der nationalsozialistischen Presse geschieht, wird unter allen Umständen als widerlich zurückgewiesen werden.

## Londoner Begleitmusik

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

LONDON, 19. SEPTEMBER

Die englische Presse sieht die Note ihrer Regierung hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt: Wird die Deutschland dazu bringen, seinen Entschluß zu ändern und an den vorbereiteten Sitzungen der Abrüstungskonferenz oder wenigstens an der Konferenz teilzunehmen? Als praktischen Ausweg schlägt die „Times“ vor, daß die Minister der beteiligten Staaten bei ihrer Zusammenkunft am Mittwoch in Genf schnell darüber entscheiden könnten, ob sie zu einer Abänderung des Teiles V des Versailles-Vertrages bereit seien, den man als nicht mehr vereinbar mit den Bestimmungen einer neuen Abrüstungskonvention finden würde. Eine vernunftgemäße Entscheidung